

um 6 Uhr früh in der
eigenen Druckerei, Adels-
straße 20. — Die Redaktion
befindet sich Sifanostraße 24
(Sprechstunden von 5 bis 6
Uhr p. m.), die Verwaltung
Aufsichtsrat 1 (Papierhand-
lung Hof. Kemptel).
Fernsprecher Nr. 58.
Verlag der Druckerei des
"Polar Tagblatt"
(Dr. M. Kemptel & Co.).
Rezensenten:
Redakteur Hugo Dudek.
Für die Redaktion und
Druckerei verantwortlich:
Hans Lorbek.

Polar Tagblatt

Postparkassenkonto
Nr. 138.575.
Anzeigenpreise:
2 m. Petitzeile 4 mm hoch
8 cm lang 30 h. ein Wort
1 m. Petitzeile 3 h. in Zeit-
druck 12 h. Kleinanzeigen
richten werden mit 2 K im
eine Sternonbelle, Anzeigen
zwischen 12 mit 1 K für
eine Petitzeile berechnet.

14. Jahrgang.

Pola, Samstag, 26. Jänner 1918.

Nr. 4122.

Graf Hertling über Wilsons Friedensgrundsätze.

Unser amtlicher Tagesbericht.

Wien, 25. Jänner. (R.V.) Amtlich wird ver-
lautbart:

Keine besonderen Ereignisse.
Der Chef des Generalstabes.

Bericht des deutschen Hauptquartiers.

Berlin, 25. Jänner. (R.V.) — Wolfbüreau.) Aus
dem Großen Hauptquartier wird amtlich gemeldet:
Westlicher Kriegsschauplatz: Zwischen Poelcapelle
und der Eys, bei Enon und beiderseits der Scarpe
lebte die Gefechtsstätigkeit am Nachmittag wieder auf.
An verschiedenen Stellen der Front Erkundungsgesichte.
Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister v. Ludendorff.

Bericht des deutschen Admiralstabes.

Berlin, 25. Jänner. (R.V.) Das Wolfbüreau
meldet:

Sechs Dampfer und ein Wachfahrzeug wurden
lethaler von unseren Unterseebooten versenkt. Vier Damp-
fer wurden dicht unter der englischen Ostküste, wo
die Bewachung besonders stark ist, abgeköpft; einer
von ihnen aus einem durch Zerstörer und Fischdampfer
besetzten großen Geleitzug.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Erklärungen des Grafen Hertling.

Berlin, 25. Jänner. (R.V.) In der gestrigen
Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages legte
Reichskanzler Graf Hertling in Verapredung der letzten
Kundgebungen Lloyd Georges und des Präsidenten
Wilson den wesentlichen Charakter des deutsch-österreich-
lichen Bündnisses dar, wies auf die Einkreislungspolitik
Englands und auf das Bündnis zwischen Rußland
und Frankreich und auf deren Abstellungen hin und sagte,
es wäre eine Pflichtvergessenheit gewesen, wenn nicht
auch Deutschland sich eine Rüstung zu schaffen versucht
hätte zum Schutze gegen die künftigen Feinde. Was
Elsass-Lothringen betrifft, handelte es sich im Jahre
1871 nicht um eine Eroberung fremden Bodens, sondern
eigentlich um das, was man heute Desanregionen nennt
und diese Desanregion wurde 1871 mit großer Stim-
menmehrheit von der französischen Nationalversammlung
ausdrücklich anerkannt. Sodann besetzte sich der Reichs-
kanzler mit der Völkerschaft und dem Friedensprogramm
des Präsidenten Wilson und stellte fest, daß Wilson
nicht mehr von einer Unterdrückung des deutschen Volkes
durch die autokratische Regierung sprach und die
früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern nicht
mehr wiederhole. Was die 14 Programmpunkte des
Präsidenten Wilson betrifft, erklärt der Reichskanzler
bezüglich des Punktes 1, daß Deutschland bereit sein
könnte, die Publizität der Verhandlungen zum allge-
meinen Frieden grundsätzlich zu erklären. Punkt 2,
Freiheit der Meere, bilde eine der ersten und wich-
tigsten Zukunftsforderungen Deutschlands. Hier besthe
also keine Meinungsverschiedenheit. Bezüglich des Punk-
tes 3 ist Deutschland mit der Befestigung aller wirt-
schaftlichen Schranken, die den Handel überflüssiger-
weise einengen durchaus einverstanden und verzweilt
gleichfalls den Wirtschaftskrieg, der unabweislich die
Ursachen künftiger Kriege in sich tragen würde. Den
Punkt 4, Beschränkung der Rüstungen, erklärt der
Reichskanzler für durchaus diskutabel. Ueber die vier
ersten Punkte Wilsons könnte man also, so sagt Graf
Hertling, ohne Schwierigkeiten zu einer Verständigung
kommen. Der praktische Durchführung des Punktes 5,
Schlichtung der Kolonialstreitigkeiten und Ansprüche,
dürften einige Schwierigkeiten begegnen. Was den
Punkt 6, Räumung des russischen Gebietes, betrifft,
muß der Reichskanzler, nachdem die Entente Staaten den
Anschluß an die Verhandlungen ablehnten, die nächst-
drängende Einnischung im Namen der Verbündeten ab-
lehnen. Diese Fragen betreffen allein Rußland und
die verbündeten Mächte. Bezüglich des Punktes 7,
Belgien, erklärt der Reichskanzler, daß die gewalt-

same Angliederung Belgiens an Deutschland niemals
einen Programmpunkt der deutschen Politik bildete. Die
belgische Frage gehört zu jenen Fragen, deren Einzel-
heiten durch die Friedensverhandlungen zu ordnen sein
werden. Zu Punkt 8, Befreiung des französischen Terri-
toriums, erklärt der Reichskanzler, die okkupierten Teile
Frankreichs seien ein wertvolles Faustpfand in deutscher
Hand. Auch hier sei aber von einer gewalttätigen An-
gliederung keine Rede. Die Bedingungen der Räumung
seien zwischen Deutschland und Frankreich zu verein-
baren. Von der Abtretung Elsass-Lothringens könne
nle und niemals die Rede sein. Die Verantwortung
der Punkte 9, 10 und 11, die italienischen Grenzfragen
und die Zukunft der Balkanstaaten, betreffen die völk-
erlichen Interessen Oesterreich-Ungarns; sie zu berühren,
würde der Reichskanzler dem österreichisch-ungarischen
Minister des Aeußeren überlassen. Die enge Verbindung
mit der Donaumonarchie ist der Kernpunkt unserer
heutigen Politik und muß die Richtlinie für die Zu-
kunft sein. So glänzend bewährte treue Waffenüber-
sicht muß auch im Frieden nachwirken und so werden
wir auch unserserseits alles daran setzen, daß für Oester-
reich-Ungarn ein Friede zustande kommt, der seinen
berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt. Bezüglich des
Punktes 12, der die Türkei betrifft, möchte der Reichs-
kanzler der Stellungnahme der türkischen Staatsmänner
nicht vorgreifen. Die Integrität der Türkei und die
Sicherheit der Hauptstadt, die mit der Meerengenfrage
eng zusammenhängen, sind wichtige Lebensinteressen auch
Deutschlands. Die Türkei kann hierin stets auf unseren
nachdrücklichsten Beistand rechnen. Bezüglich des Punk-
tes 13, Polen, daß nicht die Entente bei Rußland für
Polen jemals eingetreten, sondern daß Deutschland und
Oesterreich-Ungarn Polen vom zaristischen Regime be-
freit haben. Darum möge man es auch Deutschland,
Oesterreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die
zukünftige Gestaltung dieses Landes zu einigen. Was
den letzten Punkt, den Verband der Völker betrifft,
so ist die deutsche Regierung gern bereit, wenn alle
schwebenden Fragen geregelt sein werden, den Grund-
lage eines solchen Völkerbundes näher zu treten. Der
Reichskanzler erklärt sodann, die Reden Lloyd Georges
und Wilsons enthalten gewisse Grundzüge für einen
allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir zustimmen und
die die Ausgangspunkte für Verhandlungen bilden
könnten. Wo aber konkrete Fragen zur Sprache kom-
men, die für uns und unsere Verbündeten von ent-
scheidender Bedeutung sind, da ist der Friedenswille
weniger bemerkbar. Unsere Gegner wollen Deutschland
nicht vernichten, aber sie scheitern begehrtlich nach Vollen
unserer und unserer Verbündeten Länder. So spricht
immer noch der Sieger zum Besiegten. Der Reichs-
kanzler hebt sodann hervor, daß die militärische Lage
niemals so günstig war, wie jetzt, und erinnert an
sein Wort vom 20. November, daß die Friedensbe-
reitschaft Deutschlands kein Freibrief für die Entente
sein darf, den Krieg immer weiter zu verlängern. Zwün-
gen uns unsere Feinde dazu, so haben sie die Con-
sequenzen zu tragen. Wenn die Führer der feindlichen
Mächte wirklich zum Frieden geneigt sind, so mögen
sie ihr Programm nochmals revidieren. Wenn sie mit
neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch
ernstlich prüfen. Unser Ziel ist die Wiederherstellung
eines dauernden allgemeinen Friedens, aber dieser dau-
ernde Friede ist so lange nicht möglich, als die Inte-
grität Deutschlands, die Sicherung seiner Lebensinter-
essen und die Würde des Vaterlandes nicht gewahrt
bleiben. Bis dahin selbst es ruhig zusammenzusetzen und
abwarten. Der Sieg wird unser sein; ein guter Friede
wird und muß kommen. (Lebhafte Bravo-Rufe.)

Nach dem Reichskanzler sprach der Abg. Trim-
born, welcher die Forderungen Wilsons bezüglich Elsass-
Lothringens als unannehmbar bezeichnet. Redner kommt
sodann auf das Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn zu
sprechen und erklärt, er betrachte die Pflege und den
Ausbau des Bündnisses mit der Donaumonarchie als
die vornehmste politische Aufgabe. Jedes andersgeartete,
unverantwortliche Treiben ist ein Verbrechen am Vater-
lande.
Der Sozialdemokrat Scheidemann wendet sich gleich-
falls gegen die Forderungen der Alldeutschen und der

anexionistischen Presse und erklärt, die Regierung müsse
sich gegen den Versuch, Deutschland von seinen Bundes-
genossen zu trennen, entschieden wenden. Er erklärt
sodann, ein baldiger Friede könne nach dem Grundsatze
„keine Annexionen und keine Kontributionen“ geschlossen
werden, wozu die Völkerschaft Wilsons eine Handhabe
biete. Die Zeit der Verhandlungen mit Amerika und
England sei gekommen.

Der Fortschrittler Fischel stimmt dem Reichs-
kanzler hinsichtlich der Stellung zu Oesterreich-Ungarn
zu und schließt: Wir stehen Schulter an Schulter mit
unseren Verbündeten. Wahnsinn wäre, jetzt die Freunds-
schaft mit ihnen anzutasten.

Der Nationalliberale Stresemann erklärt, die Aus-
rechterhaltung des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn
sei selbstverständlich, wendet sich aber gegen die Ein-
mischung des „Fremdenblattes“ in innere deutsche Ver-
hältnisse.

Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen ver-
tagt.

Die Delegationen.

Wien, 25. Jänner. (R.V.) (Ausschuß des Aeußeren
der österreichischen Delegation.) Minister des Aeußeren
Graf Czernin reagiert auf die gestrigen Reden. Hin-
sichtlich des vom sozialdemokratischen Redner ihm ge-
machtem Vorwurfe, die Rede des Generals Hoffmann
nicht verhindert zu haben oder nicht gegen sie ange-
treten zu sein, erklärt der Minister, gegen die Rede
des Generals Hoffmann zu polemisieren, hätte er voll-
ständig unrichtig gefunden, da die ganze Rede sei
ein Sturm im Wasserglas gewesen. In Breslau hat
sich kein Mensch darüber aufgeregt, auch Trotski
nicht. Gegenüber dem Delegierten Doszjinski, welcher
sagte, niemand von uns wolle den Frieden um jeden
Preis, sagt Graf Czernin, in diesem jegigen sozial-
demokratischen Standpunkt erkläre er einen bedeutenden
Fortschritt. Graf Czernin fuhr sodann fort, Delegierter
Dr. Ellenbogen nannte unter Hinweis auf die Stelle
über Italien, Rumänien und Serbien meine Rede wahr-
scheinlich unklar. Ich gehe auf das Thema nicht weiter ein.
Wer mich verstehen wollte, konnte mich verstehen. Was
interne Angelegenheiten Deutschlands anbelangt, lehne
ich die Diskussion über diese Themat ab; aber ich
mache nur nochmals auf den großen Unterschied in
der Kriegszielefrage aufmerksam, den die Herren immer
einander vergeffen. Deutschland befehlt nicht nur aus
dem Deutschen Reiche, aus dem europäischen Konti-
nent, sondern dazu gehören noch jene großen Kolonien,
die zuruckzubekommen, es ein Recht hat. Sie gehören
zu seinem Besitzstand und es ist selbstverständlich, daß
es die Pfänder, die es besitzt, nicht aus der Hand geben
kann, bevor es nicht Garantien erhält, daß es seinen
Besitzstand wieder bekommen werde. Darin ist Deutsch-
land in einer anderen Lage als wir. Wir haben das
Glick, außer in einem Teile Ostgaliziens, auf feind-
lichem Boden zu stehen. Wir brauchen Kaufpfänder
in dieser Hinsicht weniger dringend. Zu dem Delegierten
Dr. Ellenbogen, welcher dem Minister den Rat gab,
seine gestrigen Ausführungen durch eine neutrale Macht
an Wilson gelangen zu lassen, daß dies ein etwas
lugenbildiger Rat sei; denn der Minister habe diese
Rede nicht nur gehalten, damit der Ausschuß sie höre,
sondern auch Wilson und zur selben Zeit, da der Minister
den Vortrag hielt, habe Wilson bereits Kenntnis von
der Antwort des Ministers gehabt. (Beifall.) Der Mi-
nister weist sodann den vom Delegierten Dr. Stransky
gegen Ungarn gebrauchten Ausdruck, daß die ungarische
Verfassung ein Wachlappen des Zufalles sei, als ab-
solut unzulässig, zurück. Was die vom Delegierten Dok-
tor Stransky an der Zusammenfassung der dem Minister
unterstellten Diplomatie geführte Kritik betrifft, erklärt
der Minister, daß er bei der Aufnahme in das diplo-
matische Korps nicht den geringsten Unterschied zwi-
schen Völkertischen und Völkigen mache. Der Minister
betont, daß sich so wenige Herren aus Völkern zu
diplomatischen Karrieren melden. Wenn Delegierter Dok-
tor Stransky glaube, daß die Verhandlungen in West-
Lissa scheitern werden, weil sie nicht von Volk zu
Volk geführt werden, so möchte er bemerken, daß die
Russen gewiß nicht erfreut wären, wenn Dr. Stransky

